

Herausforderungen für die Politik und die Ethik

Moral – Terror – Globalisierung – Demokratie

Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit (ZEN-FHS) (Hg.)

2014 transcript Verlag, Bielefeld, 94 Seiten, 16.99 €, ISBN 978-3-8376-2612-4

Das vorliegende Werk enthält vier Beiträge zu den Themen Moral, Terror, Globalisierung und Demokratie, die im Rahmen einer Ringvorlesung des Zentrums für Ethik und Nachhaltigkeit (ZEN-FHS) entstanden sind. Die Autoren erörtern, welche Herausforderung für Politik und Ethik damit verbunden sind.

Es gibt Bücher, deren Einleitung der Leser getrost überspringen kann, so er denn schnell zur Sache kommen will. Und es gibt Bücher, deren Einleitung lesen sollte, wer nichts verpassen will. „Herausforderung für die Politik und die Ethik“ ist ein solches Buch. *Mathias Lindenu* gelingt mit seiner Einleitung ein Problemaufriss, der zielführender und klarer kaum sein könnte. Recht, so *Lindenu*, mag ein wichtiger Beurteilungsmaßstab für das politische Handeln sein. Geltendes Recht allein könne aber massiv gegen ethische Forderungen verstoßen. Wer es nicht weiß, der ahnt es: Was legal ist, ist nicht zwingend auch legitim. Was Recht ist, ist nicht immer gerecht. Rechtliche und ethische Normen können deckungsgleich sein, sie müssen es aber nicht sein. Recht normiere sich nach *Lindenu* nicht aus sich selbst heraus. Vielmehr basiere es auf moralischen Überzeugungen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Wenn dem so ist, so stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Beurteilungsmaßstab des Rechts. Hier setzt nach *Lindenu* die Ethik an, deren Aufgabe es sei, moralische Überzeugungen hinsichtlich ihrer Gültigkeit kritisch zu überdenken. Recht und Ethik - normative Grundlagen politischer Entscheidungen in einer modernen Demokratie also.

Politik habe oftmals mit äußerst komplexen Themen zu tun, was nach *Lindenu* nicht selten nach sie ziehe, dass zwischen verschiedenen ethischen Anforderungen eine Abwägung stattfinden müsse, bei der nicht selten ein gewisser Handlungsdruck bestehe. An dieser Stelle mag manch ein Leser an die einsame Entscheidung denken, die Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D., im Zusammenhang mit der Entführung von Hans Martin Schleyer treffen musste. Schmidt opferte ein Menschenleben für die Nichterpressbarkeit des Staates und damit mittelbar für die

Sicherheit dessen Bürgerinnen und Bürger. Wie entscheidet man sich „richtig“, wenn es nur die Wahl zwischen „falsch“ und „falsch“ gibt?

Moritz Leuenberger greift diese Fragen in dem ersten Beitrag, „Verhältnis von Moral und Politik“, auf. Er begreift Moral als soziale Normen, die das zwischenmenschliche Verhalten regeln, die also festlegen, was „richtig“ ist, und was „falsch“. Daraus folge, dass „moralisch“ nicht notwendig „gut“ bedeute. *Leuenberger* postuliert daher einen wertneutralen Moralbegriff. Besondere Beachtung verdient sein Exkurs zum moralischen Anspruch gegenüber „öffentlichen Personen“ bzw. zur moralisierenden Empörung. Trotz Demokratie gebe es noch die Erwartung in ein Staats-“Oberhaupt“, das über dem „Volkskörper“ thronen und moralische Idealvorstellungen zu repräsentieren habe. Einer aufgeklärten Strafjustiz stehe heute eine moralisch mediale Lynchjustiz gegenüber. Wenn *Leubberger* auch das Primat der Politik postuliert, so erkennt er gleichwohl an: „Ohne Moral gibt es keine Gemeinschaft und keinen Staat. Die Moral ist ihr sozialer Kitt.“

Im zweiten Beitrag, „Terror – eine Gefahr für die Gesellschaft? Von der Bedrohung zur Vulnerabilität“, führt *Herfried Münkler* aus, dass die klassischen Staatenkriege insbesondere aufgrund einer eklatanten Verwundbarkeit moderner Staaten von asymmetrischen Konflikten mit transnational agierenden terroristischen Netzwerken abgelöst worden sind. Die Bewältigung dieser Konflikte sei die sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts schlechthin. Dies werfe die ethische Frage auf, welche Mittel die modernen Staaten dabei als zulässig erachten oder wo eine moralische Selbstüberforderung drohe. Eine Frage, die vor dem Hintergrund der erst kürzlich veranstalteten Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung Berlin (ILA), auf der die Bundeswehr als größter Aussteller unter anderem Drohnen zur Schau gestellt hat, an Brisanz gewonnen hat. Klar ist, und *Münkler* macht keinen Hehl daraus, dass Kommunikationsüberwachungen und Drohnenangriffe jedenfalls die Ursache des Terrorismus nicht beseitigen werden.

Im dritten Beitrag beschäftigt sich *Francis Cheneval* mit den Auswirkungen der Globalisierung auf den Nationalstaat. *Cheneval* legt dar, dass sich der Nationalstaat als Ort der Zuschreibung von politischer Verantwortung im sub- und suprastaatlichen Bereich nicht überlebt habe. Globale Herausforderungen, man denke nur an den

weltweiten Klimawandel, bedürften hingegen globaler Lösungen, welche ihrerseits die Kooperation mit anderen Nationalstaaten voraussetzen. Hier dürfe der Nationalstaat nicht „eigenbrötlerisch“ sein.

Schließlich befasst sich *Julian Nida-Rümelin* mit den ethischen Grundlagen der Demokratie. Er arbeitet zunächst heraus, was *nicht* die Grundlagen einer Demokratie sind. Es mag überraschen, dass nach *Nida-Rümelin* hierunter auch und an erster Stelle kollektive Mehrheitsentscheidungen fallen. Hat man aber verinnerlicht, dass nach *Lindenau* und *Leuenberger* auch Moral nicht a priori „gut“ ist, so leuchtet dies unmittelbar ein, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 mehrheitsfähig war. Dem stellt *Nida-Rümelin* gegenüber, was Demokratie ist. Entscheidend sei ihr ethisches Fundament. Die Demokratie etabliere und sichere die individuellen Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger, deren Gleichheit im Sinne von Teilhabe- und Gestaltungsrechten sowie die Solidarität innerhalb der politischen Gemeinschaft. Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Erinnerung das nicht an den Schlachtruf der französischen Revolution – nunmehr modern geschlechtsneutral?

Es erscheint zunächst als ein Wagnis, eine derart komplexe Materie in einem Büchlein von kaum mehr als 90 Seiten zu behandeln. Doch die Unternehmung gelingt. Das Buch erhebt nicht den Anspruch, die genannten Themenbereiche erschöpfend zu behandeln oder gar patente Lösungen für die aufgezeigten Probleme anzubieten. Es regt den Leser vielmehr an, selber zu denken. Dies gelingt insbesondere dadurch, dass die Beiträge allgemeinverständlich sind, ohne dabei zu stark zu vereinfachen. Die Autoren verlieren sich nicht in abstrakten Ausführungen, ihre Gedankengänge vermag der Leser immer wieder unter anderem anhand geschichtlicher und gesellschaftspolitischer Beispiele nachzuvollziehen. Und so heißt es am Ende der Einleitung denn auch: „Denn schließlich sind Ethik und Politik Bereiche, die nicht allein die Spezialistinnen und Spezialisten der jeweiligen Fachrichtung betreffen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Sie stehen ebenso wie die Inhaber politischer Ämter in der Verantwortung für die Gesellschaft und das Gemeinwohl.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Jörn Olhöft, im Juni 2014